Niederschrift

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg (öffentlich)

Sitzungstermin:	Freitag, 30.08.2019
Sitzungsbeginn:	16:34 Uhr
Sitzungsende:	20:25 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal Barfüßerstr. 50, 35037 Marburg

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Frau Marianne Wölk - SPD

reguläre Mitglieder

Frau Bettina Böttcher - SPD
Herr Thorsten Büchner - SPD
Herr Dominic Dehmel - SPD
Frau Myriam Hövel - SPD
Herr Schaker Hussein - SPD
Frau Alexandra Klusmann - SPD
Herr Dr. Fabio Longo - SPD
Frau Erika Lotz-Halilovic - SPD
Herr Heinrich Löwer - SPD
Herr Dr. Mohammad Malmanesh - SPD
Herr Uwe Meyer - SPD
Herr Steffen Rink - SPD
Frau Sonja Sell - SPD
Herr Ulrich Severin - SPD
Herr Matthias Simon - SPD
Herr Gerald Weidemann - SPD
Frau Anna Zels - SPD
Herr Hermann Heck - CDU
Herr Walter Jugel - CDU
Herr Winfried Kissel - CDU
Herr Lars Küllmer - CDU
Herr Stephan Muth - CDU
Frau Runhild Piper - CDU
Herr Mathias Range - CDU
Herr Hans-Martin Reissner - CDU
Frau Karin Schaffner - CDU

Herr Jens Seipp - CDU
Herr Jan von Ploetz - CDU
Herr Dietmar Göttling - B90/Die Grünen
Herr Dr. Karsten McGovern - B90/Die Grünen
Frau Dr. Elke Neuwohner - B90/Die Grünen
Herr Marco Nezi - B90/Die Grünen
Frau Dr. Christa Perabo - B90/Die Grünen
Herr Christian Schmidt - B90/Die Grünen
Herr Hans-Werner Seitz - B90/Die Grünen
Frau Madelaine Stahl - B90/Die Grünen
Frau Renate Bastian - Marburger Linke
Frau Tanja Bauder-Wöhr - Marburger Linke
Herr Henning Köster-Sollwedel - Marburger Linke
Frau Elisabeth Kula - Marburger Linke
Frau Stefanie Wittich - Marburger Linke
Herr Hanke Bokelmann - FDP/MBL
Frau Lisa Freitag - FDP/MBL
Herr Dr. Hermann Uchtmann - FDP/MBL
Herr Dr. Michael Weber - Piratenpartei

Magistratsmitglieder

Herr Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies - SPD
Herr Bürgermeister Wieland Stötzel - CDU
Frau Stadträtin Kirsten Dinnebier - SPD
Herr Stadtrat Nico Biver - Marburger Linke
Herr Stadtrat Jürgen Hertlein - SPD
Frau Stadträtin Alev Laßmann - B90/Die Grünen
Frau Stadträtin Anne Oppermann - CDU
Frau Stadträtin Anni Röhrkohl - CDU
Herr Stadtrat Christian Schombert - CDU
Herr Stadtrat Michael Selinka - FDP/MBL
Frau Stadträtin Dr. Marlis Sewering-Wollanek - SPD

Entschuldigte Mitglieder

reguläre Mitglieder

Herr Dirk Bamberger - CDU	- entschuldigt -
Herr Oliver Hahn - CDU	- entschuldigt -
Herr Manfred Jannasch - CDU	- entschuldigt -
Herr Stefan Oberhansl - CDU	- entschuldigt -
Herr Roger Pfalz - CDU	- entschuldigt -
Herr Roland Stürmer - B90/Die Grünen	- entschuldigt -
Herr Roland Böhm - Marburger Linke	- entschuldigt -
Herr Jan Schalauske - Marburger Linke	- entschuldigt -
Frau Inge Sturm - Marburger Linke	- entschuldigt -
Herr Christoph Ditschler - FDP/MBL	- entschuldigt -
Herr Roland Frese - BfM	- entschuldigt -
Frau Gabriele Mensing - BfM	- entschuldigt -
Frau Andrea Suntheim-Pichler - BfM	- entschuldigt -

Magistratsmitglieder

Frau Stadträtin Ursula Schulze-Stampe - SPD	- entschuldigt -
Herr Stadtrat Frédéric Schwindack - BfM	- entschuldigt -

Protokoll

Herr Lothar Sprenger - Fachdienst Kommunale Gremien

Protokoll:

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Stadtverordnetenvorsteherin Marianne Wölk eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden, insbesondere die Stadtverordnete Stefanie Wittich, die zum 01.07.2019 für den ausgeschiedenen Stadtverordneten Jonathan Schwarz nachgerückst ist und heute erstmals an der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung teilnimmt. Sie stellt die form- und fristgerechte Ladung zu der heutigen Sitzung und die Beschlussfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung fest. Einwände dagegen werden nicht erhoben.

Sie trägt anschließend die Tagesordnung für die heutige Sitzung vor unter Berücksichtigung der im Rahmen der Vorberatung in den Ausschüssen zurückgestellten Vorlagen und Anträge sowie der angemeldeten Aussprachen und Setzpunkte. Der Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD, BfM und CDU betr. multiresistente Keime in Gewässern wird als TOP 10.1 nach Absprache in der Sitzung des Ältestenrates am gestrigen Abend ebenso auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung genommen wie der Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr. multiresistente Keime in der Lahn in Marburg als TOP 10.2. Die Stadtverordnetenvorsteherin erklärt, dass beide Anträge gemeinsam zu Aussprache aufgerufen werden.

Änderungen oder Ergänzungen zur Tagesordnung werden aus Reihen der Anwesenden nicht vorgetragen.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 28.06.2019

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28.06.2019 ist allen Mitgliedern mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungen oder Ergänzungen werden nicht gewünscht. Die Niederschrift gilt somit in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

zu 3 Fragestunde

Die zur Fragestunde eingereichten kleinen Anfragen Nr. 1 bis 14 werden durch die zuständigen Dezernenten wie folgt beantwortet:

Kleine Anfrage Nr. 01
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. August 2019

Fragesteller/in:	Gerald Weidemann
Fraktion / Partei:	SPD

Frage:
Wie jedes Jahr werden auch in diesem in den Monaten Mai-September Gräser, Büsche und Sträucher am Straßenrand besonders üppig wachsen und dabei in besonderem Maße Radfahrer beeinträchtigen, die sich 80 cm vom Straßenrand halten sollen. Wenn sie wegen unzureichender Wegeunterhaltung nach links ausweichen, kommt es unweigerlich zu Konflikten, da diese dann wegen des nötigen Abstandes von 150 cm meist nicht überholen dürften. Auf zu schmalen Radwegen wird der Raum erheblich eingeschränkt. Ist dieses Jahr die Stadt auf das vorhersehbare Ereignis besser vorbereitet als sonst und sorgt für die Sicherheit auf Radwegen, Radschutzstreifen und Straßenrändern? Was ist der Plan?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 67 - Klimaschutz, Stadtgrün und Friedhöfe
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:
Insgesamt unterhält die Stadt an 386 Objekten auf insgesamt 26,8520 ha straßennahe Gehölzstreifen. Geht man von einer durchschnittlichen Flächenbreite von 5 m aus, hat die Stadt auf einer Länge von ca. 772 km Straßenbegleitgrün zu unterhalten.

Insbesondere wenn entsprechende Witterungsverhältnisse das Wachstum stimulierend beeinflussen, ist es nicht möglich, alle betroffenen Gehölze zeitnah zu bedienen. Vielmehr sollte hier an die Umsichtigkeit der Verkehrsteilnehmer appelliert werden, um Unfälle zu vermeiden.

Der Dienstleistungsbetrieb ist stets bemüht, mit den zur Verfügung stehenden Kapazitäten und Mitteln die Verkehrssicherheit durch entsprechende Rückschnitte möglichst zeitnah zu gewährleisten.

In den Wintermonaten werden i. d. R. vorbeugend an älteren Gehölzen Verjüngungsschnitte unter Wahrung grünordnerischer und artenschutzrechtlicher Belange durchgeführt.

Die Fachdienste begrüßen, wenn darüber hinaus konkrete Mängel mit Ortsangaben an sie herangetragen werden, um akute Gefährdungssituationen zeitnah beseitigen zu können.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 02
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. August 2019

Fragesteller/in:	Gerald Weidemann
Fraktion / Partei:	SPD

Frage:
Weshalb benötigt die Stadt nun schon fast ein Jahr, um einen beim Mängelmelder gemeldeten Mangel zu beheben? Den Status auf „In Bearbeitung“ zu setzen und den Fachdienst Tiefbau zu informieren führt doch offensichtlich nicht dazu, dass gefährliche Aufwölbungen des Asphalts durch Baumwurzeln auf dem Fuß- und Radweg zwischen Campingplatz und B3A verschwinden (Meldung erfolgte am 19.09.2018, seit dem 11.10.2018: „Es wurde mit der Bearbeitung begonnen“).

Stellungnahme/Antwort durch:	7.2 Bürgerbeteiligung
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:
Die Reparaturen von Wurzelschäden sind nicht mit einer einfachen Verbesserung des Asphaltbelags realisierbar. Um das Problem zu lösen, muss tiefer bis zur Wurzel gegraben werden. Anschließend ist zusammen mit Baumsachverständigen eine Entscheidung zu treffen, ob man die Wurzel entfernen kann oder den kompletten Baum fällen muss. Nach der Brutzeit wird die Verwaltung Reparaturen an den Schadstellen vornehmen.
Insgesamt werden die im Mängelmelder gemeldeten Fälle zügig und erfolgreich von der Verwaltung behoben. Der Mängelmelder ermöglicht – neben dem direkten Kontakt von Bürgerinnen und Bürgern mit einzelnen Fachdiensten – eine schnelle Kommunikation zwischen Verwaltung und Bürgerschaft. Allerdings kommt es gelegentlich dazu, dass schon behobene

Mängel im Mängelmelder aus Versehen nicht auf den Status „erledigt“ umgestellt werden. Die Koordinierungsstelle Bürger*innenbeteiligung plant bis Mitte nächsten Jahres, die Abläufe des Mängelmelders zusammen mit den Kollegen der beteiligten Fachdienste weiter zu optimieren.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 03
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. August 2019

Fragesteller/in:	Sonja Sell
Fraktion / Partei:	SPD

Frage:
In der Stadtverordnetensitzung am 28.06.2019 machte der Oberbürgermeister die Zusage, dass er sich beim Aufsichtsrat und der Geschäftsführung der Stadtwerke dafür verwenden wolle, die Teilnahme der Beschäftigten der MVG am Gesundheitsprogramm für städtische Mitarbeiter*innen zu organisieren. Ist dies mittlerweile erfolgreich geregelt?

Stellungnahme/Antwort durch:	011 - Persönlicher Referent des Oberbürgermeisters
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:
Im Rahmen der Betrieblichen Gesundheitsförderung stellt die MVG ihren Beschäftigten ein monatliches Kontingent an Karten für das AquaMar und für die Sauna zur Verfügung. Dieses Angebot erfährt eine gute Nutzung. Weitergehende Überlegungen bestehen derzeit seitens der MVG nicht. Angebote der betrieblichen Gesundheitsförderung sollten sich an den spezifischen Anforderungen z.B. Art der Tätigkeit, Arbeitszeit/Schichtdienst, etc. der Zielgruppen orientieren.
Vor diesem Hintergrund und den begrenzten Kapazitäten erscheint eine Berücksichtigung im Rahmen der Präventionsmaßnahmen des städtischen Fortbildungsjournals nicht angemessen. Für einen Austausch mit der MVG bzw. den Stadtwerken Marburg steht die Stadt Marburg gerne zur Verfügung.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 04
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. August 2019

Fragesteller/in:	Sonja Sell
Fraktion / Partei:	SPD

Frage:
Kann der Magistrat mitteilen, in welchem Umfang die Bediensteten der Stadt und ihrer Eigenbetriebe das Gesundheitsprogramm für städtische Mitarbeiter*innen annehmen (aufgeteilt nach Stadtverwaltung bzw. Eigenbetriebe)?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 10 - Personal und Organisation
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:
Durch das Betriebliche Gesundheitsmanagement mit seinen systematischen Strukturen und Prozessen sollen verhältnisorientierte und verhaltensorientierte Maßnahmen entwickelt und umgesetzt werden, die sowohl zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensqualität aller Beschäftig-

ten als auch zur Sicherung der Produktivität und Qualität der Arbeit sowie der Attraktivität der Stadt Marburg und seines Eigenbetriebes, dem DBM, beitragen.

Eine Säule des Betrieblichen Gesundheitsmanagement ist die Betriebliche Gesundheitsförderung, die bereits seit Jahren bei der Stadtverwaltung praktiziert wird. In diesem Rahmen besteht auch das Bestreben, die Gesundheitskompetenz der Mitarbeiter*innen zu stärken. Dies erfolgt unter anderem durch Angebote zur „Betrieblichen Gesundheitsprävention“ im jährlich erscheinenden Fortbildungsjournal. Aktuell im Jahr 2019 wurden und werden allein in dieser Rubrik 19 verschiedene Seminare/Kurse angeboten. Diese erstrecken sich von Seminaren/Kursen wie „Yoga“, „Faszio“ oder „Jumping“ über „Gesunde Ernährung im Berufsalltag“, „Erste Hilfe – Fresh-up“ oder „Gesundes Sehen am Arbeitsplatz“. Außerdem werden weitere gesundheitspräventive und -fördernde Seminare zu Themen wie z.B. „Stress“ oder „Resilienz“ offeriert.

In nachfolgend aufgeführten Umfang nutzten die Bediensteten der Stadt Marburg und des DBM Angebote im Rahmen der betrieblichen Gesundheitsprävention durch das Fortbildungsjournal für städtische Mitarbeiter*innen:

Jahr	**Verfügbare Plätze**	**Davon belegt**	**In Prozent**
2016	139	117 (davon DBM = 5)	84 %
2017	164	132 (davon DBM = 4)	81 %
2018	206	173 (davon DBM = 5)	84 %

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 05
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. August 2019

Fragesteller/in:	Hanke Bokelmann
Fraktion / Partei:	FDP/MBL

Frage:
Wie viele Bußgelder wurden in den letzten drei Jahren aufgrund des Verbotes von Einweggeschirr entsprechend der Abfallsatzung verhängt und wie viele Standgenehmigungen wurden aufgrund des vorhergegangenen Verstoßes verweigert?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 32 - Gefahrenabwehr und Gewerbe
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:
Bei größeren Veranstaltungen wie z. B. Marburg b(u)y Night, Elisabethmarkt, Weihnachtsmarkt, Hafenfest, 3 Tage Marburg wurden explizit Kontrollen durchgeführt. Bei Verstoß wurde mündlich ermahnt und Alternativen aufgezeigt. Die Vorschläge der Verwaltung werden regelmäßig umgesetzt. Daher wurden in den letzten 3 Jahren keine Bußgelder verhängt und keine Standgenehmigungen verweigert. Einzelne Verstöße reichen rechtlich auch nicht aus, die Stände bei Folgeveranstaltungen nicht mehr zuzulassen.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 06
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. August 2019

Fragesteller/in:	Dr. Elke Neuwohner
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Frage:
Bei der Einschulungsuntersuchung wurden die Schwimmfähigkeiten der künftigen Erstklässler*innen abgefragt.
Kann der Magistrat Auskunft geben (ggf. nach Rücksprache mit dem Kreis), wie hoch der Anteil von Schwimmer*innen unter den Erstklässler*innen der Stadt Marburg 2019 ist?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 40 - Schule
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:
Es ist richtig, dass das Gesundheitsamt in diesem Jahr bei den Schuleingangsuntersuchungen Fragen zur Schwimmfähigkeit gestellt hat. Es liegen jedoch noch keine Auswertungen vor. Diese werden für den Herbst erwartet; der Magistrat kann dann konkret berichten.

Kirsten Dinnebier
Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 07
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. August 2019

Fragesteller/in:	Dr. Elke Neuwohner
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Frage:
Aus welchem Grund ist der gemeinsame Rad-/Fußweg an der Lahn im Südviertel (zwischen „Auf der Weide“ und der „Konrad-Adenauer-Brücke) teilweise unterbrochen und wird als Fußweg weitergeführt? Ist es möglich, da eine einheitliche Regelung zu finden, die weniger missverständlich ist?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 33 - Straßenverkehr
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:
Der oben auf dem Bückingsdamm verlaufende Weg ist mit durchschnittlich 2,00 m deutlich zu schmal, um dort einen gemeinsamen Fuß-und Radweg ausweisen zu können. Zum Schutz des Fußgängerverkehrs, insbesondere der seh- und gehbehinderten Menschen, wird daher der Radverkehr in dem Bereich zwischen Haspelstraße und Schützenpfuhlbrücke auf dem in der Lahnaue verlaufenden Weg geführt, während der obere Weg ausschließlich dem Fußgängerverkehr vorbehalten ist.

Um jedoch eine durchgehende Radverkehrsverbindung in Nord-Süd-Richtung gewährleisten zu können, wurde das kurze Stück zwischen Haspelstraße und Auf der Weide als „Fußweg – Radfahrer frei“ beschildert, so dass der Radverkehr unter besonderer Beachtung des Fußgängerverkehrs fahren kann.

Nach Auffassung der Straßenverkehrsbehörde ist die Beschilderung der Wege allgemeinverständlich und gut sichtbar angebracht. Änderungen der Beschilderungen sind aus Gründen der Ausbaubreite, des Verkehrsrechts und den Schutzbedürfnissen des Fußgängerverkehrs nicht vorgesehen.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 08

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. August 2019

Fragesteller/in:	Dr. Hermann Uchtmann
Fraktion / Partei:	FDP/MBL

Frage:
Wann sind die Entschädigungen der Ortsbeiratsmitglieder zuletzt angepasst worden?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 09 - Unterstützung Kommunaler Gremien
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:
Eine Anpassung der Aufwandentschädigung für alle Ortsbeiratsmitglieder (einschl. der Ortsvorsteher*innen) ist letztmals zum 01.10.2001 erfolgt. Zum 01.01.2008 wurde dann die Aufwandsentschädigung für die Ortsvorsteher*innen nach unten korrigiert, um damit die durch die Bildung des Ortsbeirates Richtsberg entstehenden Mehrkosten abzufangen.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 09
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. August 2019

Fragesteller/in:	Thorsten Büchner
Fraktion / Partei:	SPD

Frage:
Wie hoch ist im Vergleich zu anderen Städten das Fahrplanangebot je Einwohner?

Stellungnahme/Antwort durch:	Stadtwerke Marburg
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:
Marburg hat im Vergleich zu anderen Sonderstatusstädten das höchste Fahrplanangebot mit 43 Nutzwagenkilometern je Einwohner*in. Damit liegt Marburg an der Spitze der Sonderstatusstädte und sogar auch über den Großstädten im RMV, betrachtet man rein den von einer Kommune selbst finanzierten lokalen Verkehr (Quelle: RMV-Verbundabrechnung 2017).

Dr. Thomas Spies
Oberbürgemeister

Kleine Anfrage Nr. 10
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. August 2019

Fragesteller/in:	Thorsten Büchner
Fraktion / Partei:	SPD

Frage:
Wie hoch ist der pro Einwohner aufgebrachte Aufwand für die ÖPNV-Leistung in Marburg?

Stellungnahme/Antwort durch:	Stadtwerke Marburg
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:
Der Aufwand je Einwohner*in liegt bei rund 200 Euro.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 11
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. August 2019

Fragesteller/in:	Alexandra Klusmann
Fraktion / Partei:	SPD

Frage:
Wie groß ist die ÖPNV-Fahrzeugflotte der Stadtwerke Marburg?

Stellungnahme/Antwort durch:	Stadtwerke Marburg
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:
Derzeit setzen die Stadtwerke Marburg zur Personenbeförderung die folgenden Fahrzeuge ein:
- 2 Anhängerzüge
- 38 Niederflur-Gelenkbusse
- 30 Niederflurbusse
- 1 Fahrradbus mit Anhänger
- 5 Midi-Busse
- 4 Kleinbusse

Rund 60 % der eingesetzten 80 Fahrzeuge werden mittlerweile von einem Erdgasmotor angetrieben.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 12
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. August 2019

Fragesteller/in:	Alexandra Klusmann
Fraktion / Partei:	SPD

Frage:
Am 28.11.2018 wurde der Antrag (VO/6556/2018) Wettbewerb "Gärten und Balkone mit biologischer Vielfalt" verabschiedet. Wie ist der Stand der Dinge, wann kann man mit dem Aufruf zum Wettbewerb rechnen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 67 - Klimaschutz, Stadtgrün und Friedhöfe
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:
In diesem Jahr wird an der Erstellung einer Konzeption des Wettbewerbes gearbeitet.
Mit einem Aufruf zum Wettbewerb kann erst ab Mitte nächsten Jahres gerechnet werden.

Die Recherche und Erstellung der Konzeption erfordert viel Arbeit. Aufgrund des Personalmangels kann diese zusätzliche Aufgabe nicht kontinuierlich verfolgt werden. Es musste innerhalb der Stadt abgeklärt werden, welche gleichartigen Balkon-Wettbewerbe bisher bestehen und in welchem Format sie geführt werden. Der Fachdienst definiert Kriterien und legt messbare Werte wie Insektenfreundlichkeit, Biodiversität oder Ästhetik fest. Auch muss abgewägt werden, ob der Wettbewerb nur im Innenstadtbereich oder auch in den Außenstadtteilen stattfindet.

Mit anderen Städten, die erfahren sind mit Balkon- und Gartenwettbewerben, wird sich über die

Wettbewerbsbedingungen und –ausschreibungsverfahren ausgetauscht. Empfehlungen für naturnahe Gestaltungen sowie für biodiversitätsfördernde Strukturen werden unter die Lupe genommen.

Die Ausgestaltung des Wettbewerbes soll zeitgemäß auch die sozialen Medien mit einbeziehen.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 13
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. August 2019

Fragesteller/in:	Marco Nezi
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Frage:
Kann der Magistrat Sorge dafür tragen, dass die Haltestellen (Wartehallen, Sitzgelegenheiten und Bodenbelag) der Stadtwerke Marburg (siehe Beispiel Rudolphsplatz) häufiger und intensiver gereinigt werden, um ein gepflegtes Erscheinungsbild mit einer gewissen Aufenthaltsqualität zu gewährleisten?

Stellungnahme/Antwort durch:	Dienstleistungsbetrieb Marburg (DBM)
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:
Bei der Verschmutzung der Fläche im Buswartehäuschen Rudolphsplatz handelt es sich um einen schwarzen Belag, der durch verschüttete Getränke, Essensreste und sonstige Flüssigkeiten in Verbindung mit „normalem“ Staub entsteht.
Dieser Belag lässt sich mit den herkömmlichen Mitteln der Straßenreinigung nicht entfernen, so dass ein Hochdruck-Heißwasser-Gerät zum Einsatz kommen sollte.
Die über Werbung finanzierten Wartehallen und Sitzgelegenheiten werden regelmäßig gesäubert. Die Reinigung der wenigen sonstigen Wartehallen und Sitzgelegenheiten sowie der Bodenbeläge erfolgt in der Regel nach Bedarf.
Mit der Reinigung der Haltestelle Rudolphsplatz wird der DBM beauftragt.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 14
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. August 2019

Fragesteller/in:	Dr. Hermann Uchtmann
Fraktion / Partei:	FDP/MBL

Frage:
In letzter Zeit wird viel diskutiert, flache Gewerbeimmobilien wie z. B. Supermärkte aufzustocken, um Wohnraum zu schaffen.

Lässt sich abschätzen welches Potential in Marburg vorhanden wäre?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 61 - Stadtplanung und Denkmalschutz
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:
Das Thema „Wohnungsbau über Lebensmittelmärkten“ ist in letzter Zeit aufgekommen. Es richtet sich in der Fachdiskussion an mögliche Potenziale, die in der Aufstockung eingeschossiger Märkte des Einzelhandels im Innenstadtberiech liegen und um nutzungsgemischte Gebäude zu schaffen.
In den Marburger Innenstadtlagen gibt es nur wenige solcher Standorte. Einzelhandel befindet sich hier in der Mehrzahl bereits in solchen gemischten auch mit Wohnungsbau versehenen Gebäuden. Die typischen, in der Anfrage angesprochenen flachen Gewerbeimmobilien befinden sich in Marburg eher in den Randzonen der Innenstadt, auch in Gewerbegebieten, und sind in der Regel dort planungsrechtlich als Sondergebiete, in dem Wohnen gar nicht vorgesehen ist, ausgewiesen.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Die Stadtverordnetenvorsteherin erklärt die Fragestunde damit für beendet. Die Antworten auf die Fragen Nr. 15 bis 42 werden schriftlich erteilt. Sie sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

---

zu 4 Besetzung des Ortsgerichts Marburg III (Dagobertshausen, Marbach, Michelbach)
- Wahl eines/r Ortsgerichtsschöffen/in
Vorlage: VO/6863/2019-1

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Kissel.

Dem Ausschuss lagen die in der Vorlage aufgeführten Wahlvorschläge vor, weitere wurde nicht unterbreitet. Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Wahl schriftlich und geheim durchzuführen.

Stadtverordnetenvorsteherin Wölk bestellt die Stadtverordneten Klusmann und Bokelmann zu Wahlhelfern und ruft anschließen die Stadtverordneten einzeln zur Stimmabgabe mit vorbereiteten Stimmzetteln auf. Nach Beendigung des Wahlganges und Auszählung der Stimmen gibt die Stadtverordneten das Ergebnis bekannt.

Abgegebene Stimmen: 46
Ungültige Stimmen: keine

Es entfallen
auf Herrn Manfred Ritter 9 Stimmen
auf Herrn Jörg Bachmann 35 Stimmen

Nein-Stimmen: 2 Stimmen

Damit ist Herr Jörg Bachmann als Ortsgerichtsschöffe für den Ortsgerichtsbezirk Marburg III gewählt.

zu 5 Forensikbeirat - Wahl eines Vertreters/einer Vertreterin der katholischen Kirche
Vorlage: VO/6909/2019

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Kissel.

Dem Ausschuss lagen die in der Vorlage aufgeführten Wahlvorschläge vor, weitere wurden nicht unterbreitet. Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Wahlen offen, in einem Wahlgang per Handzeichen durchzuführen.

Stadtverordnetenvorsteherin Wölk ruft zur Abstimmung per Handzeichen auf.

Die Stadtverordnetenversammlung wählt Frau Jutta Jahn als Vertreterin der katholischen Kirchen sowie Herrn Hermann Butkus als stellvertretendes Mitglied der katholischen Kirchen in den Forensikbeirat.

Abstimmungsergebnis
einstimmig

zu 6 Wahl von stellvertretenden Mitgliedern des Behindertenbeirates der Universitätsstadt Marburg
Vorlage: VO/6962/2019

Von der Vorberatung im Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Kissel.

Dem Ausschuss lagen die in der Vorlage enthaltenen Wahlvorschläge der betroffenen Fraktionen vor. Weitere wurde nicht unterbreitet. Der Ausschuss empfiehlt die Ergänzungswahl für den Behindertenbeirat in offener Abstimmung per Handzeichen durchzuführen.

Nach Aufruf durch die Stadtverordnetenvorsteherin wählt die Stadtverordnetenversammlung den Stadtverordneten Roland Stürmer als stellvertretendes Mitglied der Fraktion B90/Die Grünen, den Stadtverordneten Miguel Angel Sánchez Arvelo als stellvertretendes Mitglied der Fraktion Marburger Linke und die Stadtverordnete Lisa Freitag als stellvertretendes Mitglied der FDP/MBL-Fraktion in den Behindertenbeirat der Universitätsstadt Marburg.

Abstimmungsergebnis
einstimmig

zu 8 Zweiter Marburger Aktionsplan zur Umsetzung der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene
Vorlage: VO/6927/2019

Stadtverordnetenvorsteherin Wölk verliest den Bericht über die Vorberatung der Vorlage im Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen. Dies gilt auch für den Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Bäder sowie den Haupt- und Finanzausschuss, von dessen Vorberatungen die Stadtverordneten Weidemann und Simon berichten. Aussprache (Setzpunkt) ist durch die SPD-Fraktion angemeldet.

Es sprechen die Stadtverordneten Klusmann, Schaffner, Dr. Neuwohner und Bastian sowie Oberbürgermeister Dr. Spies. Anschließend lässt die Stadtverordnetenvorsteherin über die Vor-

lage abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

Der Zweite Marburger Aktionsplan EU-Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern wird verabschiedet. Die darin enthaltenen Maßnahmen werden in einem Zeitraum von zwei Jahren umgesetzt. Die Zuständigkeiten für die Realisierung der Maßnahmen und die Anmeldung von Haushaltsmitteln listet der Aktionsplan auf. Der Umsetzungsprozess wird vom städtischen Gleichberechtigungsreferat geleitet. Die Facharbeitsgruppe EU-Charta und die Gleichstellungskommission sollen die Umsetzung des Aktionsplans EU-Charta eng begleiten und unterstützen.

Der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung werden mindestens einmal jährlich über den aktuellen Stand der Umsetzung informiert.

Der Gleichstellungskommission ist vom Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Kenntnis zu geben.

Abstimmungsergebnis
einstimmig

---

zu 10.1 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD, BfM und CDU betr. multiresistente Keime in Gewässern
Vorlage: VO/6974/2019

Der Antrag wird nach Absprache im Ältestenrat mit dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion B90/Die Grünen (TOP 10.2) gemeinsam zur Aussprache aufgerufen.

An der Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Göttling, Simon, Bastian und Bürgermeister Stötzel. Anschließend stellt der Stadtverordnete Göttling den Geschäftsordnungsantrag, beide Anträge zur Vorberatung an den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr zu verweisen. Dem wird einstimmig zugestimmt.

---

zu 10.2 Dringlichkeitsantrag der Fraktion B90/Die Grünen betr.: Multirestistente Keime in der Lahn in Marburg
Vorlage: VO/6981/2019

Der Antrag wird nach Absprache im Ältestenrat mit dem Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD, BfM und CDU (TOP 10.1) gemeinsam zur Aussprache aufgerufen.

An der Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Göttling, Simon, Bastian und Bürgermeister Stötzel. Anschließend stellt der Stadtverordnete Göttling den Geschäftsordnungsantrag, beide Anträge zur Vorberatung an den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr zu verweisen. Dem wird einstimmig zugestimmt.

---

zu 12.1 Antrag der Fraktionen Marburger Linke, SPD und B90/Die Grünen betr. Ampelpärchen erhalten – Vielfalt unterstützen
Vorlage: VO/6903/2019

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern. Der Antrag wurde im Ausschuss geringfügig ergänzt. Der ergänzten Fassung des Antrages empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich zuzustimmen. Aussprache wurde im Ältes-

tenrat durch die SPD-Fraktion angemeldet.

An der Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Kula, Schaffner, Zels, Seitz, Freitag, Seipp, Oberbürgermeister Dr. Spies sowie der Stadtverordnete Köster-Sollwedel. Nach Beendigung der Aussprache lässt die Stadtverordnetenvorsteherin über die ergänzte Fassung des Antrages abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die Stadtverordnetenversammlung ruft den Oberbürgermeister als Straßenverkehrsbehörde dazu auf, die für den Christopher-Street-Day Mittelhessen 2019 in der Innenstadt Marburgs angebrachten Ampelpärchen dauerhaft an den Ampeln (nur an Fußgängerüberquerungen) anzubringen, anstatt sie wieder entfernen zu lassen.

Abstimmungsergebnis

Ja:	SPD, B90/Die Grünen, Marburger Linke, FDP/MBL, Piratenpartei
Nein:	CDU
Enthaltung:	keine

---

zu 12.2 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Mietenwahnsinn stoppen – Mieterinnen und Mieter wirksam vor Verdrängung schützen – Mietendeckel einführen
Vorlage: VO/6905/2019

Mit Aufruf des Tagesordnungspunktes um 19:00 Uhr übernimmt der stellv. Stadtverordnetenvorsteher Heck die Sitzungsleitung.

Für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer. Der Antrag wurde im Ausschuss geändert, der geänderten Fassung empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich die Zustimmung. Aussprache (Setzpunkt) wurde im Ältestenrat angemeldet durch die Fraktion Marburger Linke.

Im Rahmen der Aussprache sprechen die Stadtverordneten Bastian, Schmidt, Sell, Range und Oberbürgermeister Dr. Spies. Im Anschluss lässt der stellv. Stadtverordnetenvorsteher über den Antrag in der geänderten Fassung abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass die bisher von der Bundesregierung und der Hessischen Landesregierung getroffenen Maßnahmen - darunter insbesondere auch die so genannte „Mietpreisbremse“ - nicht ausreichen, den Mietenwahnsinn zu stoppen und Verdrängungsprozesse von Haushalten mit geringem und mittlerem Einkommen aus den innenstadtnahen Quartieren zu unterbinden.

Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt, dass in den letzten Monaten ausgehend von entsprechenden Debatten in Berlin auch in Hessen verschiedene Akteure (wie etwa die Fraktionen der LINKEN und der SPD im Hessischen Landtag, der Frankfurter Oberbürgermeister Peter Feldmann sowie der Deutsche Mieterbund) die Einführung eines landesrechtlichen „Mietendeckels“ gefordert haben, mit dem in besonders von Mietsteigerungen betroffenen Kommunen zeitlich befristet die Bestands- und Wiedervermietungsmieten begrenzt oder sogar gesenkt werden könnten.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Landesregierung auf, zeitnah geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um in Hessen mit Hilfe einer landesgesetzlichen Regelung („Mietendeckel“) die Bestandsmieten zeitlich befristet zu begrenzen oder sogar zu senken. Dabei muss die Investitionsfähigkeit von Genossenschaften, öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften und anderen gemeinwohlorientierten Wohnungsunternehmen sichergestellt bleiben, insbesondere in Bezug auf energetische Sanierungen und not-

wendige Modernisierungsmaßnahmen, die sich mindernd auf die Warmmiete auswirken. Auch Neubautätigkeiten dürften nicht verunmöglicht werden.
In diesem Zusammenhang wird die Bundesregierung aufgefordert, durch die (Wieder-)Einführung der Wohngemeinnützigkeit die steuerliche Benachteiligung des gemeinwohlorientierten Wohnungsbaus zu beenden.

Abstimmungsergebnis
Ja: SPD, B90/Die Grünen, Marburger Linke, Piratenpartei
Nein: CDU, FDP/MBL
Enthaltung: keine

---

zu 12.3 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Keine Werbung der Bundeswehr auf Bussen – Reklame auf Bussen wieder durch die Stadtwerke organisieren Vorlage: VO/6906/2019

Der Stadtverordnete Göttling zieht im Rahmen der Feststellung der Tagesordnung unter Tagesordnungspunkt 1 den im Haupt- und Finanzausschuss eingebrachten Änderungsantrag der Fraktion B90/Die Grünen zurück.

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes um 19:25 Uhr übernimmt Stadtverordnetenvorsteherin Wölk wieder die Sitzungsleitung.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der stellv. Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Simon. Im Ausschuss wurde getrennte Abstimmung der Absätze1, 2 und 3 beantragt. Absatz 1 des Beschlusstenors empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich die Zustimmung, Absatz 2 des Beschlusstenors mehrheitlich die Ablehnung und Absatz 3 des Antrages ebenfalls mehrheitlich die Ablehnung. Aussprache ist durch die CDU-Fraktion angemeldet. An dieser beteiligen sich die Stadtverordneten Bastian, Seipp, Bokelmann, Göttling, Rink, Oberbürgermeister Dr. Spies sowie die Stadtverordneten Range und Nezi.

Im Anschluss ruft die Stadtverordnetenvorsteherin die Absätze 1 bis 3 ebenfalls getrennt zur Abstimmung auf.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgende Beschlüsse:

Die Stadtverordnetenversammlung kritisiert die Werbung der Bundeswehr auf Bussen der Stadtwerke Marburg.

Abstimmungsergebnis
Ja: SPD (14 Stimmen), B90/Die Grünen, Marburger Linke, Piratenpartei
Nein: CDU, FDP/MBL, SPD (2 Stimmen)
Enthaltung: SPD (2 Stimmen)

Abstimmungsergebnis zur Absatz 2
Ja: B90/Die Grünen, Marburger Linke, Piratenpartei
Nein: SPD, CDU, FDP/MBL
Enthaltung: keine

Absatz 2 des Antrages ist damit abgelehnt.

Abstimmungsergebnis zur Absatz 3

Ja: B90/Die Grünen, Marburger Linke, Piratenpartei
Nein: SPD, CDU, FDP/MBL
Enthaltung: keine

Absatz 3 des Antrages ist damit abgelehnt.

---

zu 7 Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg
Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan 6/17, ehemaliges Hauptpostareal zwischen der Eisenstraße und der Zimmermannstraße
Vorlage: VO/6804/2019

Die Vorlage wurde auf Wunsch des Magistrats zurückgestellt und zur Vorberatung an den Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung verwiesen.

---

zu 9 Übernahme einer Bürgschaft für die Gemeinnützige Wohnungsbau GmbH Marburg-Lahn zur anteiligen Besicherung eines Darlehens im Zuge des Neubaus eines Alten- und Pflegeheimes in Marburg, Sudetenstraße 24
Vorlage: VO/6939/2019

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der stellv. Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Simon. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung folgt der Ausschussempfehlung und beschließt:

1. **Die Universitätsstadt Marburg übernimmt gemäß § 104 Hessische Gemeindeordnung (HGO) i. V. m. § 51 Ziff. 15 HGO eine Ausfallbürgschaft über 80% eines Darlehens der Gemeinnützigen Wohnungsbau GmbH Marburg-Lahn (GeWobau) in Höhe von voraussichtlich 13,9 Mio. € bei einem noch zu benennenden Kreditinstitut. Der verbürgte Betrag lautet damit auf gerundet 11 Mio. €. Bei geringerer Darlehensaufnahme verringert sich der Betrag entsprechend.**

2. **Für die Bürgschaft hat die GeWoBau eine jährliche marktübliche Avalprovision für den jeweils verbürgten Restbetrag zu leisten.**

3. **Die Bürgschaft bedarf noch der Genehmigung des Regierungspräsidiums Gießen.**

Abstimmungsergebnis
einstimmig

---

zu 11 Anträge des Kinder- und Jugendparlaments

---

zu 11.1 Antrag des Kinder- und Jugendparlaments betr. Anbringung eines Basketballkorbs in Wehrda
Vorlage: VO/6894/2019

Der Antrag wurde im Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Bäder zur Stellungnahme an den Ortsbeirat Wehrda verwiesen.

---

zu 12 Anträge der Fraktionen

---

zu 12.4 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Keine Rüstungsforschung an der Philipps-Universität Marburg
Vorlage: VO/6907/2019

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der stellv. Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Simon. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich die Zustimmung zu dem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung folgt der Ausschussempfehlung und beschließt:

Die Stadtverordnetenversammlung kritisiert, dass nach 2010/2011 in den Jahren zwischen 2015 und 2017 erneut mit finanziellen Mitteln des „US-Verteidigungsministeriums" an der Philipps-Universität Marburg Rüstungsforschung betrieben wurde.

Die Stadtverordnetenversammlung appelliert an die Philipps-Universität Marburg, sich im Sinne von Frieden und Abrüstung zu verpflichten, ausschließlich Forschung zu zivilen und friedlichen Zwecken zu betreiben.

Abstimmungsergebnis
Ja: SPD, B90/Die Grünen, Marburger Linke, Piratenpartei
Nein: CDU, FDP/MBL
Enthaltung: keine

zu 12.5 Antrag der FDP/MBL-Fraktion betr. helle Straßenasphaltoberdecken
Vorlage: VO/6917/2019

Für den Bau- und Planungsausschuss; Liegenschaften berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer. Der Antrag wurde im Ausschuss geändert, der geänderten Fassung empfiehlt der Ausschuss einstimmig die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den Antrag in der geänderten Fassung abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Straßenasphaltoberdecken bzw. Deckschichten werden weiterhin nur noch mit hellem Asphalt ausgeführt. Dies gilt für größere, zusammenhängende Abschnitte, die erneuert werden, nicht aber für kleinflächige Ausbesserungsarbeiten.

Der Magistrat wird gebeten, zu prüfen, ob der Aufhellungsanteil von 20 bis 30 % Quarzit erhöht werden könnte, ohne die Qualität des Asphaltes zu mindern. Gleichzeitig soll geprüft werden, ob eine städtische Lagermöglichkeit für derartiges Material geschaffen werden kann, um bei kleinflächigeren Arbeiten den Anteil eigenständig beimischen zu können.

Abstimmungsergebnis
einstimmig

zu 12.6 Antrag der FDP/MBL-Fraktion betr.: Freiwillig auf Steingärten verzichten
Vorlage: VO/6924/2019

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordne-

ter Dr. McGovern. Der Antrag wurde im Ausschuss umfangreich geändert, außerdem wurde getrennte Abstimmung der Absätze 1 und 2 sowie 3 beantragt. Absatz 1 und 2 empfiehlt der Ausschuss einstimmig die Zustimmung, Absatz 3 mehrheitlich die Annahme.

Der Antrag ist weiterhin im Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften vorberaten worden, für den der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer berichtet. Der Ausschuss hat ausschließlich die im Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr geänderten Fassung erörtert und empfiehlt ebenfalls den Absätzen 1 und 2 einstimmig die Annahme und Absatz 3 mehrheitlich die Annahme.

Stadtverordnetenvorsteherin Wölk stellt die Absätze 1 und 2 sowie Absatz 3 in der jeweils geänderten Fassung, die allen Stadtverordneten vorliegt, zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgende Beschlüsse:

Der Magistrat wird beauftragt, ein Konzept zu entwickeln, wie dem Trend zu Schottergärten, auch Gärten des Grauens genannt, entgegengewirkt und die naturnahe Gestaltung von Vorgärten an privaten und öffentlichen Gebäuden gefördert werden kann.

Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat um eine Bestandsaufnahme der bisherigen Schottergärten im Stadtgebiet. Im Falle von bereits vorhandenen Bebauungsplänen sollen Bürgerinnen und Bürger durch geeignete Maßnahmen, wie Berichte, Workshops, Begehungen und insbesondere das eigene bauliche Handeln, informiert und darüber aufgeklärt werden, wie man seinen (Vor-) Garten insektengerecht angepasst an das Klima gestalten könnte und so dazu motiviert werden, auf Schottergärten zu verzichten.

In neu aufgestellten Bebauungsplänen sind Schottergärten zu untersagen.

Abstimmungsergebnis zu den Absätzen 1 und 2
Ja: SPD, CDU, B90/Die Grünen, Marburger Linke, FDP/MBL, Piratenpartei
Nein: keine
Enthaltung: keine

Abstimmungsergebnis zu Absatz 3
Ja: SPD, CDU, B90/Die Grünen, Marburger Linke, Piratenpartei
Nein: FDP/MBL
Enthaltung: keine

---

zu 12.7 Antrag der Fraktion FDP/MBL betr. "Studier mal Marburg" auf öffentliche Bekanntmachungen reduzieren
Vorlage: VO/6926/2019

Der Antrag wurde im Ältestenrat durch die antragstellende Fraktion bis zur Septembersitzung zurückgestellt.

---

zu 12.8 Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und BfM betr. Abbiegeassistent
Vorlage: VO/6935/2019

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der stellv. Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Simon. Der Antrag wurde im Ausschuss ergänzt, dem Antrag in der ergänzten Form empfiehlt der Ausschuss einstimmig die Annahme.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über die ergänzte Fassung des Antrages abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Magistrat wird beauftragt im Sinne der Verkehrssicherheit und zum Schutz von schwächeren Verkehrsteilnehmer/innen an sämtlichen städtischen LKW´s geeignete Abbiegeassistenten, sofern es sinnvoll und wirtschaftlich vertretbar ist, nachzurüsten und bei Neuausschreibungen entsprechende Assistenzsysteme direkt zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis
einstimmig

---

zu 12.9 Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und BfM betr. Lichtverschmutzung Vorlage: VO/6936/2019

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig dem Antrag zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung schließt sich dem Ausschussvotum an und fasst folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten eine Richtlinie zum nachhaltigen Umgang mit funktionalem und gestalterischem Licht im Außenbereich zu entwickeln, um dem zunehmenden Problem der Lichtverschmutzung entgegenzuwirken. Dabei sollen insbesondere

1) **Eigene Gebäude der Universitätsstadt Marburg sowie der Töchter auf ihre Art der Außenbeleuchtung überprüft und optimiert werden.**

2) **Gebäude der Universität und der Kirchen in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Verantwortlichen überprüft und nach Möglichkeit optimiert werden.**

3) **Straßenbeleuchtung optimiert und überprüft werden.**

4) **Sowie Beratungsangebote für Bauherren, private Immobilienbesitzer und Gewerbetreibende geschaffen werden.**

Abstimmungsergebnis
einstimmig

---

zu 12.10 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Ausländerbehörde Vorlage: VO/6947/2019

Für den Ausschuss für Soziale, Jugend und Gleichstellung berichtet der stellv. Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Dr. Uchtmann. Der Antrag wurde im Ausschuss geändert, der geänderten Fassung sind die Fraktionen von CDU und B90/Die Grünen beigetreten.

Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung einstimmig den Antrag in der geänderten Version anzunehmen. Dem folgt die Stadtverordnetenversammlung und beschließt:

1. **Der Magistrat wird aufgefordert, die Ausländerbehörde so zu organisieren, dass dringliche und fristgebundene Angelegenheiten so zügig bearbeitet und erledigt werden können, dass für die Antragsteller*innen keine persönlichen Nachteile entstehen.**

2. **Der Magistrat wird gebeten gemeinsam mit der Philipps-Universität Marburg in deren Räumlichkeiten einen Servicepoint der Ausländerbehörde für Studierende anzubieten und darauf hinzuwirken, dass**

- **eine ausreichende Zahl an Mitarbeiter*innen der Ausländerbehörde Marburg einen festen Raum in den Räumen der Philips-Universität Marburg erhält.**
- **durch fest Öffnungszeiten dort direkt Anliegen der ausländischen Studierenden erledigt werden.**

Abstimmungsergebnis
Ja: SPD, CDU, B90/Die Grünen, Marburger Linke, Piratenpartei
Nein: keine
Enthaltung: FDP/MBL

---

zu 13 Kenntnisnahmen

---

zu 13.1 Antwort des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat auf einen offenen Brief von Städten Sicherer Häfen
Vorlage: VO/6918/2019

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Antwort des Bundesministeriums des Inneren, für Bau und Heimat auf einen offenen Brief von Städten Sicherer Häfen zur Kenntnis.

---

zu 13.2 Abschlussbericht zum Ersten Marburger Aktionsplan EU-Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene
Vorlage: VO/6928/2019

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Abschlussbericht zum Ersten Marburger Aktionsplan für die Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene zur Kenntnis.

---

zu 13.3 Vollzug des Haushaltsplans 2019
hier: Halbjahres- und Budgetbericht zum 30.06.2019
Vorlage: VO/6929/2019

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt von der vorliegenden Zusammenstellung von Eckwerten über den Vollzug des Haushaltsplans 2019 sowie der Zusammenstellung der den Dezernaten zugeordneten Budgets zum 30.06.2019 Kenntnis.

---

zu 13.4 Broschüre "Besetzung der Gremien der Universitätsstadt Marburg"
Vorlage: VO/6931/2019

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Broschüre „Besetzung der Gremien der Universitätsstadt Marburg“ zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung abgearbeitet. Stadtverordnetenvorsterin Wölk dankt der Stadtverordneten Kula, die ihr Mandat in der Stadtverordnetenversammlung zum 01.09.2019 niedergelegt hat, für ihr Engagement, wünscht für die Zukunft alles Gute und überreicht einen Blumenstrauß. Sie dankt weiterhin allen Anwesenden und schließt die Sitzung um 20:25 Uhr.

Marburg, 16.09.2019

Marianne Wölk
Stadtverordnetenvorsteherin

Lothar Sprenger
Protokoll

Matthias Simon
Vorsitzender SPD-Fraktion

Jens Seipp
Vorsitzender der CDU-Fraktion

Anlagen
Antworten auf die kleinen Anfragen Nr. 15 bis 42

Kleine Anfrage Nr. 15

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. August 2019

Fragesteller/in:	Winfried Kissel
Fraktion / Partei:	CDU

Frage:

Die Stadtwerke verwalten die kostenpflichtigen Stellplätze in der Jägerstrasse auf der rechten Seite in Fahrtrichtung. Warum wird dort und auf dem Bürgersteig nicht das Unkraut entfernt?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 32 - Gefahrenabwehr und Gewerbe
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Die Gehwegreinigung unterliegt den Anliegern. Diese wurden bereits auf ihre Verpflichtungen hingewiesen.

Die Reinigung der hoheitlich bewirtschafteten Parkplätze beauftragt der Fachdienst Gebäudewirtschaft und Grundstücksverkehr an den DBM.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 16

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. August 2019

Fragesteller/in:	Henning Köster-Sollwedel
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

Welche konkreten Schritte wurden in den ersten 7 Monaten nach der Beauftragung durch die STVV bei der Vorbereitung der Realisierung der beiden O-Bus-Linien unternommen und wann ist nach jetzigem Stand mit deren Inbetriebnahme zu rechnen?

Stellungnahme/Antwort durch:	Stadtwerke Marburg
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Mit einem Vertreter des BMVI, eines Fachplanungsbüros, der Fachdienstleitungen FD 62, Fachbereichsleitung 6, der Fachdienstleitung 33, der Konzernleitung der SWMR und Fachleuten der SWMR wurden Gespräche zur Einbindung in das Projekt geführt und am 12.02.2019 ein Workshop zum Thema Batterie-Oberleitungsbus durchgeführt. Mit dem BMVI wurden am 09.04.2019, am 22.05.2019 und zuletzt am 12. August 2019 Abstimmungsgespräche durchgeführt. Die SWMR-Arbeitsgruppe wurde am 01.06.2019 personell durch die Ernennung eines Beauftragten für das Batterie-Oberleitungsbus-System gestärkt. Das Projekt ist sowohl dem Fahrgastbeirat, als auch dem Verkehrsverbund vorgestellt worden. Derzeit wird versucht das Projekt in die Sitzung des Klimakabinetts im September zu platzieren, um eine möglichst hohe Finanzierung sicherzustellen.
Wir rechnen immer noch mit einer Inbetriebnahme bereits für 2023.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 17

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. August 2019

Fragesteller/in:	Henning Köster-Sollwedel
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

Zur Unterstützung der Marburger Sommerakademie im städtischen Haushalt: Wie hoch war die jeweils beantragte Förderung, der Ansatz und das tatsächliche Rechnungsergebnis in den letzten fünf Jahren?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 41 - Kultur
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Die Marburger Sommerakademie ist ein Eigenprojekt des FD Kultur und fand in diesem Jahr zum 42. Mal statt. Die finanztechnische Abwicklung erfolgt über das Produkt 241020 „Kulturelle Veranstaltungen“. Fördergelder gibt es für dieses Projekt nicht.
Im Wesentlichen werden die Ausgaben von den Einnahmen gedeckt. Bei den Kosten handelt es sich um reine Durchführungskosten, in denen keine Personalkosten der Projektleitung (FD Kultur) enthalten sind.

	Ansatz (in €)	Einnahme (in €)	Rechnungsergebnis (in €)
2018	78.000	80.214	79.204
2017	78.000	71.997	73.064
2016	78.000	75.486	75.708
2015	78.000	79.731	85.009
2014	73.000	69.652	75.530

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 18

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. August 2019

Fragesteller/in:	Stephan Muth
Fraktion / Partei:	CDU

Frage:

Wieviele Mitarbeiter/innen/divers der Stadt Marburg sind, aufgegliedert nach Ämtern/Fachbereichen als:

Amtsleiter/innen/divers,
stellv. Amtsleiter/innen/divers,
Bereichsleiter/innen/divers,
Beamte/Beamtinnen/divers,
Angestellte/divers,
Arbeiter/innen/divers,
Auszubildende/divers
und
Praktikanten/Praktikantinnen/divers,

weiblichen, männlichen oder diversen Geschlechtes?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 10 - Personal und Organisation
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Die aktuellste Erhebung über die Geschlechterverteilung der städtischen Mitarbeiter*innen erfolgte im Rahmen der Aktualisierung zum Frauenförderplan der Stadtverwaltung Marburg 2015 – 2021 zum Stichtag 01.10.2017. Demnach ergibt sich im Sinne der Fragestellung folgende Aufteilung:

	Männlich	Weiblich
Amtsleiter/innen/divers: Die Organisationsstruktur der Stadtverwaltung kennt keine Amtsleiter/innen		
Stellv. Amtsleiter/innen/divers: Die Organisationsstruktur der Stadtverwaltung kennt keine stellv. Amtsleiter/innen		
Bereichsleiter/innen/divers: Soweit sich die Frage auf die Fachbereichsleiter*innen bezieht, ergibt sich folgende Aufteilung:	2	4
Beamte/Beamtinnen/divers	58	45
Angestellte/divers und Arbeiter/innen/divers: Seit der Tarifreform des TVöD in 2005 werden unter dem Begriff „Beschäftigte“ alle Formen eines Arbeitsverhältnisses zusammengefasst; insoweit erfolgt keine Unterscheidung zwischen Angestellten und Arbeiter*innen	289	809
Auszubildende/divers	15	37
Praktikanten/Praktikantinnen/divers	k. A.	k. A.

Die in der Fragestellung gewünschte Aufgliederung dieser Angaben nach Ämtern/Fachbereichen würde den Rahmen einer Kleinen Anfrage sprengen. Diese Angaben können dem be-

reits genannten Bericht zur Aktualisierung des Frauenförderplans der Stadtverwaltung Marburg 2015 – 2021 entnommen werden, der nach entsprechender Vorberatung in der Gleichstellungskommission, dem Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung und dem Haupt- und Finanzausschuss am 23.11.2018 von der Stadtverordnetenversammlung einstimmig beschlossen wurde (VO/6507/2018).

Hinsichtlich der Begrifflichkeit „Divers“ liegen noch keine Angaben im Sinne der Fragestellung vor, da dieses dritte geschlechtliche Unterscheidungsmerkmal aufgrund einer entsprechenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts erst kürzlich in das Melderecht eingefügt worden ist. Um gleichwohl Menschen, die sich weder dem männlichen noch dem weiblichen Geschlecht eindeutig zugehörig fühlen, nicht zu diskriminieren und mit einzubeziehen, wird „divers“ bspw. in Stellenausschreibungen verwendet. Die Universitätsstadt Marburg verwendet demgegenüber, wie andere öffentliche und private Arbeitgeber*innen auch, das Gendersternchen(*), um die Geschlechtervielfalt diskriminierungsfrei auszudrücken.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 19
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. August 2019

Die Frage wurde durch die Fragestellerin zurückgezogen.

Kleine Anfrage Nr. 20
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. August 2019

Die Frage wurde durch die Fragestellerin zurückgezogen.

Kleine Anfrage Nr. 21

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. August 2019

Fragesteller/in:	Schaker Hussein
Fraktion / Partei:	SPD

Frage:

Wie schätzt der Ordnungsdezernent die versammlungsrechtliche Situation der Fahrrad-Demo auf der Weidenhäuser Brücke am Abend des 11. August ein: hätte, wie vom CDU-Landtagsabgeordneten Bamberger gefordert, der Oberbürgermeister die Räumung der Brücke durch Polizei und Ordnungsamt veranlassen müssen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FB 3 - Öffentliche Sicherheit, Ordnung und Brandschutz
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Der Fragesteller nimmt vermutliche Bezug auf einen Video-Beitrag des örtlichen, direkt gewählten Landtagsabgeordneten Dirk Bamberger in den sozialen Netzwerken. Dieser ist offenbar am Abend des 11.8. zu einer Zeit entstanden, wo sich die Versammlung auf der Brücke aufgelöst hatte, die Sperrungen aber noch bestanden, obwohl sie längst hätten entfernt sein sollen (ca. 20.30 Uhr). In diesem dem Magistrat bekannten Videobeitrag hat der Abgeordnete nicht die Räumung der Brücke durch die Polizei und das Ordnungsamt gefordert, sondern, dass die Straßenabsperrungen zügig entfernt werden. Wäre dies planmäßig gegen 18 Uhr geschehen, hätte die Polizei in der Folge zusätzliche Maßnahmen für die Sicherheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der unangemeldeten sogenannten Spontandemonstration ergreifen müssen, der Verkehr hätte aber, nach dem die Demonstranten die Brücke von selbst verlassen hatten, also schon zum Zeitpunkt des Videos, ungehindert fließen können. Der Oberbürgermeister hat als Dezernent der Straßenverkehrsbehörde die Absperrung der Weidenhäuser Brücke aber noch nicht aufgehoben, sodass kein Anlass zu besonderen Sicherungsmaßnahmen bestand.

Versammlungsrechtlich mindestens problematisch beurteilt der Ordnungsdezernent die „Einkesselung“ des Fahrzeugs der mit der Entfernung der Absperrungen beauftragten Firma einschließlich der Mitarbeiter durch die Radfahrer. Dies ist aus Sicht des Magistrates kein angemessener Umgang mit Mitarbeitern, die in der Nacht von Sonntag auf Montag ihre Arbeit erledigen wollen, damit am Montagmorgen Absperrungen entfernt und Beschilderungen wieder aktuell sind.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 22

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. August 2019

Fragesteller/in:	Dirk Bamberger
Fraktion / Partei:	CDU

Frage:

Ist dem Magistrat bekannt, dass es am Tag nach der feierlichen Eröffnung zu mehreren Sachbeschädigungen an der Weidenhäuser Brücke gekommen ist und sind die Verursacher bekannt?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 66 - Tiefbau
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Die Sachbeschädigungen bestanden aus insgesamt 6 aufgesprühten Fahrradpiktogrammen auf der Fahrbahn.
Sie wurden noch vor der Brückeneröffnung beseitigt. Die Kosten sind derzeit noch nicht bekannt, sind aber als gering zu erachten. Der Schadensverursacher ist nur in einem Fall bekannt, dem die Kosten für die Beseitigung in Rechnung gestellt werden.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 23

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. August 2019

Fragesteller/in:	Dirk Bamberger
Fraktion / Partei:	CDU

Frage:

Wurden die Sachbeschädigungen beseitigt, wie hoch waren die Kosten dafür und wurden diese – sofern bekannt – den Verursachern in Rechnung gestellt?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 66 - Tiefbau
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Die Sachbeschädigungen bestanden aus insgesamt 6 aufgesprühten Fahrradpiktogrammen auf der Fahrbahn.
Sie wurden noch vor der Brückeneröffnung beseitigt. Die Kosten sind derzeit noch nicht bekannt, sind aber als gering zu erachten. Der Schadensverursacher ist nur in einem Fall bekannt, dem die Kosten für die Beseitigung in Rechnung gestellt werden.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 24

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. August 2019

Fragesteller/in:	Jens Seipp
Fraktion / Partei:	CDU

Frage:

Welche Maßnahmen zur Aufhebung der Sperrung der Weidenhäuser Brücke sind durch die Fahrraddemonstration in Verzug geraten und welcher zeitliche und personelle Mehraufwand in Verbindung mit den entsprechenden Kosten ist dadurch entstanden?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 35 - Sicherheit und Verkehrsüberwachung
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Der DBM und die Fa. BAS haben ab ca. 18:00 Uhr die Baustellenabsicherung auf Höhe der Lingelgasse abgebaut und die ursprüngliche Einbahnstraßenrichtung der Weidenhäuser Straße wiederhergestellt.

Der Lkw der Fa. BAS wurde auf der Fahrt über die Brücke für ca. 20 Minuten behindert. Anschließend, nach der Entscheidung, den Verlauf der Demonstration abzuwarten, hat Fa. BAS die Umleitungsbeschilderungen im Umfeld der Brücke abgebaut und verladen.

Nach Auskunft der FA. BAS gab es keinen zeitlichen und personellen Mehraufwand, und es sind keine Mehrkosten entstanden.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 25

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. August 2019

Fragesteller/in:	Jens Seipp
Fraktion / Partei:	CDU

Frage:

Hätten nach Einschätzung des Ordnungsdezernenten die Absperrbarken trotz laufender Demo entfernt werden und eine Absicherung durch die Polizei erfolgen können um unnötige Mehrkosten zu vermeiden?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 35 - Sicherheit und Verkehrsüberwachung
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Der Ordnungsdezernent war nicht vor Ort und kann deshalb keine fundierte Einschätzung abgegeben.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 26

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. August 2019

Fragesteller/in:	Dr. Christa Perabo
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Frage:

Kann der Magistrat Auskunft geben, ob das vom Marburger Stadtmarketing in Kooperation mit Vermieter*innen und interessierten Händler*innen gestartete Projekt ‚Marburger FreiRAUM' zur Reduzierung von leerstehenden Geschäftsräumen in der Oberstadt beigetragen hat und in welchem Umfang?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 15 - Referat für Stadt-, Regional- und Wirtschaftsentwicklung
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Das Stadtmarketing Marburg erläutert hierzu wie folgt: Das vom Marburger Stadtmarketing entwickelte, in Kooperation mit dem Referat für Stadt-, Regional- und Wirtschaftsentwicklung der Universitätsstadt Marburg Ende Januar gestartete und Ende März der Öffentlichkeit vorgestellte Projekt „Marburger FreiRAUM" hat sich spürbar positiv auf die Zahl der Leerstände ausgewirkt. Sie haben sich im Bereich Fußgängerzone Oberstadt von 16 Flächen Anfang 2019 auf 10 Flächen Mitte August 2019 verringert. Durch Kontaktvermittlung konnten beispielsweise passgenau Nutzungsinteressent*innen an Vermieter*innen weitergeleitet werden. Durch intensiven Dialog konnten einige Hausbesitzer*innen überzeugt werden, ihre Mietvorstellungen den aktuellen Marktmöglichkeiten anzupassen, was zu weiteren Neubesetzungen führte. Die konkrete Zahl der ursächlich durch das Projekt verringerten Leerstände ist allerdings nicht seriös zu ermitteln, da die Kontaktdatenblätter, welche in die Schaufensterbeklebungen integriert sind, den Kontakt direkt zu den Vermieter*innen oder Makler*innen herstellen und von dort nur sehr sporadisch Rückmeldungen kommen. Anfragen aus anderen hessischen Städten sowie die ausführliche Berichterstattung in der Hessenschau und in der örtlichen Presse zeigen, dass es ein überregionales Interesse an der Thematik gibt und sich die Universitätsstadt Marburg dieser Herausforderung frühzeitig und lösungsorientiert angenommen hat.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 27

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. August 2019

Fragesteller/in:	Dr. Christa Perabo
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Frage:

Kann der Magistrat Auskunft geben, welche Firma die für das Projekt ‚Marburger FreiRAUM' geschaffenen Plakate entworfen hat und welche Kosten damit verbunden waren?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 15 - Referat für Stadt-, Regional- und Wirtschaftsentwicklung
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Das Stadtmarketing Marburg führt hierzu wie folgt aus: Nach dem Vergleich mehrerer lokaler Angebote wurde die Agentur des Marbuch-Verlags mit dem Erstellen der Beklebungsmotive beauftragt. Die Gesamtsumme betrug 4.777 Euro netto, aufgeteilt in 2.100 Euro netto für Gestaltung und Satz sowie 2.677 Euro netto für Druck und Montage. Damit wurden vier Schaufenster beklebt. Zwei dieser Ladenflächen sind inzwischen vermietet.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 28

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. August 2019

Fragesteller/in:	Madelaine Stahl
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Frage:

Wie ist die Population von Ratten im Stadtgebiet einzuschätzen und inwieweit wird diese derzeit kontrolliert (eingedämmt)?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 32 - Gefahrenabwehr und Gewerbe
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Es liegen keine Erkenntnisse vor, wonach sich die Rattenpopulation in Marburg stark verändert hat.

Rattenbefall ist meldepflichtig.
In 2017 wurden 51 Fälle gemeldet, in 2018 waren es 44 und in 2019 sind es bislang 40 Fälle.

Die Bekämpfung auf Privatgrund haben die Eigentümer zu beauftragen. Die Bekämpfung sollte durch geschulte Schädlingsbekämpfer durchgeführt werden.

Die Bekämpfung in den stadteigenen Kanälen erfolgt durch Fachpersonal des Dienstleistungsbetriebes.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 29

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. August 2019

Die Frage wurde durch die Fragestellerin zurückgezogen.

Kleine Anfrage Nr. 30

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. August 2019

Fragesteller/in:	Erika Lotz-Halilovic
Fraktion / Partei:	SPD

Frage:

Im Rahmen des Projektes 1000 Bäume für die Innenstadt wurden mittlerweile zahlreiche Bäume in der Stadt Marburg angepflanzt. Ist dem Magistrat bekannt, dass diese jungen Bäume unter der Trockenheit der letzten Jahre sehr leiden? Wer hegt und pflegt die Bäume, damit diese nicht absterben?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 67 - Klimaschutz, Stadtgrün und Friedhöfe
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Grundsätzlich werden alle Neupflanzungen in einem Baumbewässerungsplan erfasst. Dieser sieht vor, sämtliche Bäume der letzten 3 Pflanzjahrgänge regelmäßig, je nach Witterung, alle 1-2 Wochen in der Vegetationszeit von Ende März bis Anfang September künstlich zu bewässern. Der Dienstleistungsbetrieb Marburg (DBM) hat dazu den entsprechenden Auftrag. Seit diesem Jahr wurden zur Unterstützung an den Jungbäumen Wassersäcke mit 75 Liter Fassungsvermögen angebracht. Sie haben den Vorteil, dass das Gießwasser effektiver bei den Wurzeln ankommt.

Im Rahmen eines speziellen Jahresauftrages von FD 67 kümmert sich der DBM fachgerecht mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln um das Anwachsen, die Entwicklung und den Erhalt der Jungbäume. Bei extremen Witterungssituationen (Hitzeperioden, Stürme etc.) ist ein Verlust von einzelnen Jungbäumen leider nicht immer zu verhindern. Diese werden in der darauffolgenden Pflanzperiode aber immer wieder ersetzt.

Neupflanzungen an Erstbaumstandorten (z. B. neue Baugebiete) werden i. d. R. von der Stadt erst nach Ablauf der Fertigstellungspflege (2 Jahre nach Pflanzung) der Fremdfirmen übernommen, sodass für deren Anwuchspflege der o. g. Jahresauftrag an DBM nicht gilt und somit die Stadt für diesen Zeitraum nicht in der Verantwortung steht.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 31

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. August 2019

Fragesteller/in:	Ulrich Severin
Fraktion / Partei:	SPD

Frage:

Welche Möglichkeiten sieht der Magistrat, den viel genutzten Fuß- und Radweg zwischen der Alten Kasseler Straße und dem Waggonhallengelände zeitweise (außerhalb der aktuellen Bauzeiten – z.B. an Wochenenden) zu öffnen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 33 - Straßenverkehr
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Um den Fuß- und Radweg während der Umbauphase Waggonhallen zeitweise zu öffnen, bedarf es genauer Absprachen zwischen den dort tätigen Baufirmen, der Absicherungsfirma AVS sowie des Fachdienstes Straßenverkehr. Vor Öffnen der Wege müsste gewährleistet sein, dass diese frei von Hindernissen und in einem verkehrssicheren Zustand sind. Das hätte eine ständige Überprüfung der Wege aller vorgenannten Beteiligten zur Folge. An jedem Wochenende müsste die Absicherungsfirma die Absperrungen und die Umleitungsbeschilderung einmal auf- und dann wieder abbauen.

Nach einer Schätzung der Absicherungsfirma betragen allein die Kosten für das Deaktivieren freitags und das wieder Aktivieren der Sperr- und Umleitungsbeschilderung ca. 350,00 € pro Wochenende. Bei einer Bauzeit bis Ende 2020 kämen ca. 23.800,00 € zusammen (68 x 350,00 €).

Neben den dadurch entstehenden zeitlichen Mehraufwendungen aller Beteiligten sowie den entstehenden Irritationen für den Fuß- und Radverkehr, stehen die zusätzlich verursachten Mehrkosten in keinem Verhältnis und würden auch nach Rücksprache mit dem Auftraggeber nicht übernommen.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 32

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. August 2019

Fragesteller/in:	Ulrich Severin
Fraktion / Partei:	SPD

Frage:

Wie viele Bäume wurden seit 2016 auf städtischen Grundstücken gefällt und wie viele wurden – im selben Zeitraum - neu gepflanzt?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 67 - Klimaschutz, Stadtgrün und Friedhöfe
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Es wurden 452 Bäume gefällt und 388 neu gepflanzt. Die Differenz begründet sich aus den Fällungen innerhalb von Baumgruppen an Waldrändern oder Friedhöfen. Dort können i. d. R. keine Bäume nachgepflanzt werden, weil zum einen wegen des mit steigendem Alter der Bäume zunehmenden Konkurrenzwachstumes beim Kampf um das notwendige Sonnenlicht einzelne Bäume immer wieder absterben und zum anderen durch Grabbelegung eine standortgerechte Neupflanzung nicht immer möglich ist.

Des Weiteren sollte als Interpretationshilfe der Zahlen berücksichtigt werden, dass an verkehrssicherungspflichtigen Waldrändern (insgesamt ca. 27 km Länge) und waldartigen Baumgruppenbeständen insbesondere allein im Hauptfriedhof der Zuwachs an Kronenvolumen der dort stehenden 2.900 Einzelbäume (Ø 50-60 jährig) jährlich gleichzusetzen ist mit ca. 365 Neupflanzungen von Jungbäumen in der üblichen Pflanzqualität (10-12 jährig). Zieht man den Verlust an Blattmasse durch notwendigen Schnitt oder Baumausfälle ab, bleibt immer noch ein Zuwachs / Jahr von mind. 250 neu gepflanzten Bäumen übrig.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 33

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. August 2019

Fragesteller/in:	Renate Bastian
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

Wie ist der Stand der Gespräche zwischen Magistrat und MPG in Bezug auf den möglichen Verkauf des Parkplatzes an den Afföllerwiesen und gibt es einen Zeitplan für diese Verhandlungen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 62 - Gebäudewirtschaft und Grundstücksverkehr
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Die Verhandlungen sind im Gang.
Ein Zeitplan für den Abschluss der Verhandlungen wurde nicht vereinbart.
Wenn die Verhandlungen unter den Maßgaben des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 11.04.2019 abschlussreif sind, wird der Magistrat eine Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung erarbeiten.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 34

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. August 2019

Fragesteller/in:	Jan Schalauske
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

Kann der Magistrat gemeinsam mit den Stadtwerken in Erwägung ziehen, die Dächer von Bushaltstellen in Marburg mit Blumenwiesen für Bienen, Hummeln u.a. Insekten zu begrünen, um etwas gegen das Artensterben zu unternehmen, so wie es etwa die niederländische Stadt Utrecht getan hat?

Stellungnahme/Antwort durch:	Stadtwerke Marburg
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

In Utrecht wurden ca. 360 Wartehallen für den Busverkehr mit Gründächern ausgerüstet und mit Mauerpfeffer (Sedum acre) als „Bienenweide“ bepflanzt. Diese Gründächer müssen regelmäßig bewässert werden.
Nach Auskunft unseres Werbepartners DSM-Ströer ist eine Nachrüstung der ca. 90 DSM-Bestands-Wartehallen aufgrund der Dachformen (Tonnendach, Dachneigung > 5°) und aus statischen Gründen nicht möglich.
Wir überprüfen das weiter.
Für die eigenen Bauten und Kleinbauten haben wir eine Probebepflanzung vorgenommen, die bislang erfolgreich ist. Mit Beginn der nächsten Vegetationsperiode werden wir weitere Dächer einbeziehen.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 35

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. August 2019

Fragesteller/in:	Jan Schalauske
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

Wann ist mit der Realisation der Gedenkinstallation zur Erinnerung an die Opfer der Marburger Jäger im Schülerpark zu rechnen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 41 - Kultur
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Die Ausführungsplanung der Gedenkinstallation liegt derzeit in der Bearbeitung des Fachdienst Hochbau bzw. der Submissionsstelle. Dort wurden vor kurzem die Ausschreibungen für die Stahlbetonarbeiten veröffentlicht. Bis zum Ablauf der Frist sind keine Angebote von Baufirmen eingegangen.
Die Ausschreibung für die benötigten Stahlbau-Arbeiten hat am 15.08 begonnen.
Aufgrund der zur Zeit stark ausgelasteten Bauwirtschaft können wir daher momentan keine verlässliche Aussage über Baubeginn und Fertigstellung treffen.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 36

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. August 2019

Fragesteller/in:	Renate Bastian
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

In der inzwischen über zehn Jahre alten Rahmenplanung Ockershausen ist ein Schul-Campus Leopold-Lucas-Straße als „wichtiges Ziel für den Schul-und Sportstandort“ in diesem Bereich mit umfangreichen Maßnahmen angeführt. Welche konkreten Planungen gibt es in dieser Hinsicht über die Verkehrsberuhigung Tempo-30 und die Neugestaltung der Bushaltestellen hinaus?

Stellungnahme/Antwort durch:	FB 6 - Planen, Bauen, Umwelt
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Neben der Neugestaltung der Bushaltestellen und der Erweiterung der Tempo-30-Zone gibt es zurzeit keine konkreten Planungen.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 37

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. August 2019

Fragesteller/in:	Tanja Bauder-Wöhr
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

Kann der Magistrat der Stadt Marburg bitte Auskunft erteilen, wie weit fortgeschritten die Umbaumaßnahmen am Altenzentrum am Richtsberg sind, inwiefern sind die Bewohnerinnen und Bewohner und deren Angehörige einbezogen worden und trifft es zu, dass hierbei mit Sprengungen gearbeitet wird, was bei dem ein oder anderen Bewohner traumatische Ereignisse aus vergangenen Tage wieder aufkommen lassen?

Stellungnahme/Antwort durch:	GeWoBau Marburg
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Die Bewohner des Altenzentrums am Richtsberg und deren Angehörige wurden in zwei Bewohnerversammlungen und im Rahmen eines Angehörigenabends ausführlich über die geplanten Maßnahmen und den groben Zeitplan informiert. Alle direkt betroffenen Bewohner wurden nochmals individuell mit einbezogen (Zimmerwünsche, Wünsche im Rahmen des geplanten Umzuges, usw.).
In der ersten Jahreshälfte sind die vom Abriss betroffenen Bewohner umgezogen. Dies konnte über einen längeren Zeitraum und durch eine komplette Unterstützung der MASJ durchgeführt werden. Mittlerweile ist der Abrissbereich leergezogen.
Derzeit laufen im Altenzentrum vorbereitende Arbeiten für den Abbruch.
Es trifft nicht zu, dass bei der Baumaßnahme mit Sprengungen gearbeitet wird.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 38

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. August 2019

Fragesteller/in:	Tanja Bauder-Wöhr
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

Kann der Magistrat der Stadt Marburg bitte Auskunft darüber erteilen, wie weit fortgeschritten man in der Causa Grüner Wehr nach der EU –Wasserrahmenrichtlinien ist und ob im Zusammenhang mit dem geplanten Neubau/Sanierung des Wehr´s ein Antrag auf Fördermittel von der EU wann gestellt worden ist?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 66 - Tiefbau
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Ein Förderantrag für die Maßnahmen zur Schaffung der Durchgängigkeit kann erst gestellt werden, wenn der Planfeststellungsbeschluss vorliegt bzw. in Aussicht steht.
Aufgrund der bekannten Probleme wurde die vorliegende Planung zurückgestellt, d. h. es wurde noch kein Antrag bei der Oberen Wasserbehörde (Regierungspräsidium) gestellt.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 39

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. August 2019

Fragesteller/in:	Roland Böhm
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

Welches sind die häufigsten Muttersprachen der in Marburg lebenden Ausländer*innen? (Es genügen ungefähre bzw. ca.-Angaben)

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 31 - Ausländerbehörde
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Im Fachdienst Ausländerbehörde werden keine Daten zur Muttersprache der in Marburg lebenden Ausländer*innen erhoben.

Rückschlüsse auf die Muttersprache können jedoch über die Nationalität geschlossen werden.

Es folgt eine Aufstellung der verschiedensten in Marburg lebenden Nationalitäten ab einer Personenstärke von 200 Personen (Stand: 23.08.2019):

Lfd. Nr.	Nationalität	Personenanzahl	Sprache
1	Syrien	1586	Arabisch (dominierend), Kurdisch, Armenisch, Französisch und Aramäisch …
2	Russ. Föderation	532	Russisch (dominierend), Ukrainisch, Armenisch …
3	Türkei	522	Türkisch (dominierend), Nordkurdisch, Arabisch, Aserbaidschanisch …
4	China	414	Mandarin
5	Afghanistan	399	Persisch/Dari, Afghanisch/Paschtu, Urdu, Usbekisch, Turkmenisch …
6	Italien	390	Italienisch (dominierend), Deutsch, Französisch, Slowenisch …
7	Iran	367	Persisch/Farsi (dominierend), Arabisch, Kurdisch, Aserbaidschanisch, Turkmenisch …
8	Polen	266	Polnisch (dominierend), Armenisch, Russisch, Ukrainisch …
9	Rumänien	229	Rumänisch (dominierend), Ungarisch, Ukrainisch …
10	Ukraine	225	Ukrainisch und Russisch (dominierend), Weißrussisch, Bulgarisch, Armenisch, Polnisch, Rumänisch, Ungarisch …
11	Bulgarien	202	Bulgarisch (dominierend), Türkisch, Armenisch, Romani …
12	Eritrea	201	Tigrinya und Arabisch (dominierend), Italienisch …

Es kann nicht grundsätzlich davon ausgegangen werden, dass z. B. ein türkischer Staatsangehöriger, der in Marburg lebt, wahrscheinlich nur Türkisch spricht. Nicht selten leben Menschen in Deutschland, die in ihrem Heimatland einer Minderheit (auch sprachlich) angehörten.

Darüber hinaus leben in Marburg eine erhöhte Anzahl von Muttersprachlern der englischen (Großbritannien, Nordamerika, Australien, Neuseeland…), der französischen (Frankreich, diverse afrikanische Staaten …) und der spanischen (Spanien, Mittel- und Südamerika) Sprache.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass Arabisch, Englisch, Französisch, Spanisch, Russisch, Türkisch und Mandarin die häufigsten Muttersprachen unserer Ausländer*innen in Marburg sind.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 40

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. August 2019

Fragesteller/in:	Roland Böhm
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

Wie beurteilt der Magistrat die Gesetzesentwürfe der Fraktionen von SPD und LINKEN im Hessischen Landtag für ein Verbot von Leerstand und Zweckentfremdung (Drs. 20/170 u 20/238) und welche Position hat er in den Gremien des Hessischen Städtetags dazu bezogen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 55 - Wohnungswesen
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Seitens der Fachdienste wurde keine Stellungnahme zu den Gesetzesentwürfen erarbeitet.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 41

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. August 2019

Fragesteller/in:	Christoph Ditschler
Fraktion / Partei:	FDP/MBL

Frage:

Von wann stammt die in der Abfallsatzung (§17 Abs. 2) pro erwachsener Person zu Grunde gelegte Müllmenge bzw. das Behältervolumen von lediglich 40L?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 20 - Finanzservice
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Der Personenmaßstab bei der Berechnung der Müllabfuhrgebühren wurde zum 01.01.1983 eingeführt. Zeitgleich wurde das Maximalvolumen pro Person bei wöchentlicher Leerung auf 40 l festgelegt.

Ab 01.10.1993 wurde die Getrenntsammlung der Verkaufsverpackungen (gelber Sack) eingeführt und der Restmüll nur noch 14-tägig geleert bei gleichbleibendem Maximalvolumen von 40 l pro Person.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 42

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. August 2019

Fragesteller/in:	Christoph Ditschler
Fraktion / Partei:	FDP/MBL

Frage:

Kann der Magistrat sagen, ob die Umrüstung und Versorgung mit Fernwärme eines zuvor mit Heizöl oder Gas beheizten Wohngebäudes eher zu Kostensenkungen oder Kostensteigerungen für die Nutzer führt?

Stellungnahme/Antwort durch:	FB 6 - Planen, Bauen, Umwelt
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Die Frage kann nicht pauschal beantwortet werden.
Zu den umlagefähigen Kosten zählen die Anschlusskosten, die Kosten für die Wärmeübergabestation und die im Gebäude erforderlichen Umbauarbeiten.
Bei kurzer Anschlussstrecke und Anbindung der Wärmeübergabestation an ein zentrales Heizungsnetz kann, so die Erfahrung bei städtischen Liegenschaften, der Fernwärmeanschluss zumindest kostenneutral hergestellt werden. Bei langen Anschlussstrecken oder dem Einbau dezentraler Wärmetauscher im Geschoßwohnungsbau, ist eine Kostenerhöhung wahrscheinlich.

Wieland Stötzel
Bürgermeister